

Ulmer Erklärung

Sicherer Süden.

Baden-Württemberg und Bayern belegen seit Jahren Spitzenplätze bei der inneren Sicherheit und gehören zu den sichersten Regionen der Welt. Für CDU und CSU war und ist die Gewährleistung der Sicherheit eine bzw. die zentrale Aufgabe des Staates und hat damit höchste Priorität in unserer Politik. Vor diesem Hintergrund müssen wir Kriminalität, hybrider Kriegsführung, Krisen und Katastrophen immer wieder neu und entschieden begegnen. Es ist unser klarer Anspruch, dass die Menschen in Baden-Württemberg und Bayern gerade in unruhigen Zeiten weiter in einer sicheren und lebenswerten Heimat leben und sich sicher fühlen können. Die innenpolitischen Arbeitskreise der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg und der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag haben sich dafür zur Klausur in Ulm und Neu-Ulm getroffen und bekräftigen die Südschiene für unsere sichere und lebenswerte Heimat.

Sichere und saubere Städte

Die Stadtbild-Debatte bringt zur Sprache, was alle mit offenen Augen schon lange sehen: Vielerorts haben sich sichtbare Verwahrlosung, Problemzonen und Räume entwickelt, in denen sich Menschen subjektiv nicht mehr so sicher fühlen wie früher. Diese Wahrnehmung beginnt nicht erst mit Messerattacken oder anderen Gewalttaten, sondern mit Müll, Schmierereien, exzessivem Alkohol- und Drogenkonsum im öffentlichen Raum sowie Pöbeleien. Bürgerinnen und Bürger werden dadurch verunsichert und verärgert. Innenstädte veröden, Besucher bleiben weg, Ladenbesitzer schließen – es beginnt eine Abwärtsspirale.

Deshalb gilt es, bereits gegen niedrigschwellige Ordnungsstörungen, Ordnungswidrigkeiten und Vergehen wie Sachbeschädigung konsequent vorzugehen. Zur ehrlichen Debatte gehört auch, dass Gruppen junger Männer, die oft Migrationshintergrund haben, durch aggressives Verhalten

auffallen und den öffentlichen Raum unsicherer machen. Auch gegen dieses Phänomen müssen wir entschieden vorgehen – nicht zuletzt aus Respekt vor all jenen, die seit Jahrzehnten im Land leben, sich gut integrieren, Heimat gefunden haben und unser Land bereichern oder die bei uns Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen.

Wir setzen uns daher für eine Null-Toleranz-Strategie gegen Verschmutzung, Verrohung und Kriminalität im öffentlichen Raum ein. Unsere Polizei braucht volle politische Rückendeckung für ein konsequentes Vorgehen. Gerade an Kriminalitätsschwerpunkten und in „dunklen Ecken“ wollen wir noch mehr Fußstreifen, ein gemeinsames Auftreten von Polizei und kommunalem Ordnungsdienst sowie einen deutlich höheren Kontrolldruck.

Wir wollen den Videoschutz im öffentlichen Raum ausdehnen und KI zum Einsatz bringen, um auffällige Verhaltensmuster, gefährliche Gegenstände und Gesichter automatisch zu erkennen. Mit Beleuchtung und baulichen Maßnahmen sollen Schmutzdecken hell und sauber und damit die tatsächliche Sicherheit und das Sicherheitsgefühl verbessert werden. Gemeinsam mit Bundespolizei und Betreibern wollen wir Bahnhöfe und den Öffentlichen Personenverkehr durch gleichlaufende Maßnahmen sicherer machen.

Wir fordern deutlich höhere Bußgelder, konsequente Platzverweise und Aufenthaltsverbote. Randalierer sollen in Gewahrsam genommen werden. Dazu prüfen wir eine Verschärfung des polizeilichen Gewahrsams.

Unser Anspruch ist klar: Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich überall – in jeder Straße und jeder Bahn – und das Tag und Nacht sicher fühlen können.

Zivilschutz und Resilienz

Unsere Gespräche im Bundeswehrkrankenhaus Ulm haben gezeigt: Krisen und Katastrophen erfordern eine Stärkung des Bevölkerungsschutzes sowie digitaler und gesamtgesellschaftlicher Resilienz. Durch die hybride Kriegsführung Russlands sowie weitere Bedrohungen fremder Mächte müssen wir den Zivilschutz und die Sicherheit unserer digitalen und kritischen Infrastrukturen stärker in den Fokus nehmen. Wir wollen gemeinsam aus dem Süden Treiber und Ideengeber für den Bund sein.

Um die gesamtgesellschaftliche und digitale Resilienz zu erhöhen, wollen wir die Bevölkerung krisenfester und verteidigungsbereiter machen. Dazu gehört ein Mentalitätswandel, der das Krisenbewusstsein der Bevölkerung stärkt. Im Rahmen des Zivilschutzes wollen wir den

Selbstschutz der Bevölkerung noch stärker in den Fokus rücken. Der Staat soll die Bevölkerung durch gezielte Information für Sicherheitsrisiken – etwa durch hybride Kriegsführung, Desinformationskampagnen und gezielte Cyberattacken oder Cyberspionage auf Unternehmen und Bürger – und für Maßnahmen zum Selbstschutz sensibilisieren. Im Rahmen der Stärkung des Zivilschutzes müssen wir Reservekapazitäten in Krankenhäusern bereithalten.

Drohnenabwehr

Die jüngsten Verletzungen des europäischen Luftraums durch Drohnen sowie Warnungen von Sicherheitsexperten vor Spionage und Terroranschlägen mittels Drohnen zeigen die Bedrohungen auch für uns im Süden. Wir wollen die Vorreiterrolle der baden-württembergischen und bayerischen Polizei bei der Drohnenabwehr weiter ausbauen.

Durch stärkeres Engagement und Zusammenwirken von Wissenschaft, Wirtschaft und Sicherheitsbehörden soll der Süden zu einem Zentrum für die Entwicklung und Produktion von Drohnen und Drohnenabwehrsystemen werden. Gemeinsam setzen wir uns im Bund und in unseren Ländern Baden-Württemberg und Bayern für klare Zuständigkeiten und wirksame rechtliche und technische Kompetenzen zur Drohnenabwehr ein.

Das Ziel ist klar: Die Drohnen müssen runter.

Wir stehen für den sicheren Süden.